

Beschluss vom 17. Mai 2011

**Kleine Anfrage 2011/5**  
**betreffend «AxpO-Atomstrategie: Welche Interessen vertritt der Regierungsrat»**

In einer Kleinen Anfrage vom 24. Januar 2011 stellt Kantonsrätin Martina Munz verschiedene Fragen zur Strategie bezüglich Kernenergie, zur Verwendung finanzieller Mittel sowie zur Haltung des Regierungsrates im Axpo-Verwaltungsrat.

Der Regierungsrat

a n t w o r t e t :

1. Am 11. März 2011 ereignete sich im AKW Fukushima (Japan) ein folgenschwerer Nuklearunfall, bei welchem Radioaktivität ausgetreten ist. Der Bundesrat hat nach diesem Vorfall dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) am 23. März 2011 den Auftrag erteilt, einen vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie zu prüfen. Zuvor hatte der Bundesrat die laufenden Rahmenbewilligungsverfahren für drei neue Kernkraftwerke in der Schweiz sistiert. Zudem wurden sämtliche Schweizer Kernkraftwerke einer Sicherheitsprüfung unterzogen. Die Beschlüsse des Bundesrates zeigen zudem drei denkbare Szenarien der zukünftigen Energieversorgung auf. Beim Szenario «vorzeitiger Ausstieg» würden die Reaktoren endgültig abgestellt, bevor sie am Ende der aus sicherheitstechnischen Gründen festgesetzten Lebensdauer angelangt sind. Im zweiten Ausstiegs-Szenario würden die Atomkraftwerke hingegen erst am Ende der Betriebszeit ersatzlos abgeschaltet. Im Szenario «Weiterführung Strommix» dagegen würden die ältesten drei AKW ersetzt, allenfalls schon vor dem Ende ihrer Betriebszeit und «im Sinne höchstmöglicher Sicherheit».
2. Der Regierungsrat unterstützt die Entscheide des Bundes, die energiepolitischen Szenarien auszuarbeiten, welche unter anderem den Ausstieg aus der Kernenergie vorsehen, das Verfahren zu den Rahmenbewilligungsgesuchen für Ersatzkernkraftwerke zu sistieren und sämtliche Schweizer Kernkraftwerke auf ihre Sicherheit zu überprüfen. Er hat schon vor dem Nuklearunfall in Japan den Ausstieg aus der Kernenergie ins Auge gefasst. Nach diesem Vorfall wird nun ein möglichst rascher geordneter Ausstieg angestrebt, und zwar aus Gründen der Sicherheit, der Wirtschaftlichkeit und mangels Akzeptanz in der Bevölkerung.

3. Die Axpo Holding AG, an welcher der Kanton Schaffhausen mit knapp 8 % beteiligt ist, betreibt im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit keine PR für einzelne Stromproduktionsarten. Als grösste Produzentin neuer erneuerbarer Energien in der Schweiz hat die Axpo in den letzten Jahren mehr Geld in die Kommunikation über Biomasse, Geothermie und Kleinwasserkraft ausgegeben als etwa für die Begleitkommunikation zur Einreichung des - unter dessen auf Eis gelegten - Rahmenbewilligungsgesuchs für das Ersatzkraftwerk Beznau. Nach Auskunft der Axpo gibt es deshalb keinen einzigen Mitarbeiter, der sich vollzeitlich mit einem «Abstimmungskampf» beschäftigt hat.
  
4. Die Axpo hat sich im Rahmen ihrer Stellungnahme zum Postulat von Kantonsrätin Iren Eichenberger betreffend «Schaffhauser Antrag an die Axpo - ein zusätzliches Szenario tut Not!» dafür bekannt, ihre Geschäftsaktivität und Investitionspolitik auf die Vorgaben ihrer Aktionäre und ihrer Kundinnen und Kunden sowie an die veränderten energiepolitischen Rahmenbedingungen auszurichten. Dabei sind im Rahmen der Entwicklung der Versorgungsszenarien die Voraussetzungen und Konsequenzen der möglichen Optionen für Bevölkerung und Wirtschaft zu klären, die Vor- und Nachteile verschiedener Produktionsformen offen und uneingeschränkt darzulegen sowie breit zu diskutieren.
  
5. Der Regierungsrat bzw. dessen Vertreter im Verwaltungsrat der Axpo Holding AG bringt die kantonalen Ziele und Vorgaben im Axpo-Verwaltungsrat - und das nicht erst seit dem Vorfall in Japan - laufend ein. Ein Ausstieg aus der Kernenergie kann aber nur realisiert werden, wenn sich alle, d.h. neben den Energieversorgungsunternehmen wie die Axpo auch die Politik, Wirtschaft und Bevölkerung, mitengagieren.

Schaffhausen, 17. Mai 2011

DER STAATSSCHREIBER:



Dr. Stefan Bilger